



Ubersichtsplan, Maßstab 1:25 000

1. FESTSETZUNGEN

1.1 GELTUNGSBEREICH

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANES

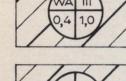
1.2 ART DER NUTZUNG DER GRUNDSTÜCKE Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. vom 15.09.1977

1.2.1 WOHNGEBIETE

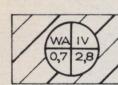
Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO) GRZ = Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO) GFZ = Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)

1,2,2 NUTZUNGSGRAD DER

B A U F L Ä C H E (§§ 16 - 20 BauNVO)

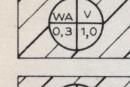


Allgemeines Wohngebiet



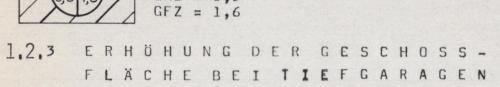
Allgemeines Wohngebiet

5-geschossig GRZ = 0,3



GFZ = 1,0Allgemeines Wohngebiet 6-geschossig

Allgemeines Wohngebiet



(§21 a (5) BauNVO) Die zulässige GFZ (§ 20 BauNVO) ist um die Flächen notwendiger Garagen, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden,

1,4,4 UBERBAUBARE GRUND-STUCKSFLÄCHEN (§ 23 BauNVO)

Vorsprünge (Erker, Balkone, Hauseingangstreppen, Kellerlichtschächte, Kellerrampen, Kellertreppen) können bis zu 2,00 m die Baulinie bzw. Baugrenze überschreiten, jedoch nur in einer Länge von 1/3 der gesamten Gebäudelänge bzw. Gebäudebreite. Der Mindestgrenzabstand gemäß § 7 (5) HBO i. d. F. vom 31.08.1976 ist einzuhalten.

---- Baulinie

zu erhöhen.

----- Baugrenze

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 (4) BBAUG)

IN VERBINDUNG MIT § 118 HBO, SOWIE DER VER-ORDNUNG ÜBER DIE AUFNAHME VON AUF LANDESRECHT BERUHENDEN REGELUNGEN IN DEN BEBAUUNGSPLAN (Gesetz-und Verordnungsblatt für das Land Hessen vom 28.01.1977) GVB1 Nr.4, Seite 102

2.1 Der Aufstellplatz für ASCHE- UND MÜLLBEHÄLTER ist so anzuordnen, daß die Behälter nicht störend in Erscheinung treten.

2,2 Im seitlichen Bauwich können GARAGEN bis max. 6,50 m Länge in Form einer Grenzbebauung (soweit aus brandschutztechnischen Gründen möglich) errichtet werden. Die vordere Baulinie darf hierbei nicht

überschritten werden. Abgrabungen und Einschnitte in Vorgärten sind nur für eine Zu - und Abfahrt zu Tiefgaragen

Die Zu - und Abfahrt darf zusammen eine Breite von 4,00 m nicht überschreiten. NEBENANLAGEN nach § 14 (1) Baunvo sind nicht nur der Versorgung mit zulässig; § 14 (2) Baunvo bleibt mit der Ein- Elekhizität, bas usw dienerde schränkung unberührt, daß die vordere Baulinie Nebenamlagen sind zul! nicht überschritten wird.

2.3 Für die Anzahl der STELLPLÄTZE und Garagen gilt die Satzung der Stadt Bad Nauheim i.d.F. v.18.3.78

2.4 DÄCHER UND DACHFORMEN

Zulässig sind: a) Mansarddächer mit max 80° und 12° (alter Teilung) Dachneigung, wobei das Dach gleichzeitig als letztes Vollgeschoß gilt.

b) Satteldächer bis max 22° (alter Teilung).
Auskragung der letzten Geschoßdecke ist c) Flachdächer.

2.5 SOLAR _ ANLAGEN sind bei Mansarddächern in der 12° geneigten Dachfläche zulässig.(Flächenintegriert) Bei Flach- und Satteldächern sind Solar-Anlagen nur zulässig, wenn sie aus unmittelbarer Nähe nicht einzusehen sind. Für die Konstruktion der Anlagen sind möglichst

2.6 Drempel sind nicht zulässig.

nicht beschädigt werden.

dunkle Farbtöne zu wählen.

2.7 WERBEANLAGEN und Firmenschilder sind nur bis zu einer Größe von 50 cm Höhe und 80 cm Länge parallel zur vorderen Gebäudefront zulässig.

2.8 Die vorhandenen GRÜNFLÄCHEN mit Bewuchs sind außerhalb der vorgesehenen Bebauungsflächen unbedingt zu erhalten bzw. zu pflegen.

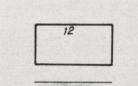
2.9 Als GRUNDSTÜCKSEINFRIEDIGUNG zur Straßenseite sind nur Zäune und Hecken bis 1.10 m Höhe erlaubt.

2.10 Baumreihe (§ 9(1) Nr.25 b BBauG) Pflanzgebot, jedoch ohne Einzel-Standortbestimmung. Durch dieses Pflanzgebot dürfen Versorgungsleitungen

3. NACHRICHTLICHE ANGABEN

3.1 BESTAND

Flurstücksgrenze (Parzellengrenze)



Hess. Landesrecht)

vorhandene Gebäude mit Hausnummer

öffentl. Verkehrsfläche

4. VORSCHLÄGE UND HINWEISE

4.1 Für zufällig entdeckte ALTERTÜMER, auch Bodenaltertümer, wird auf die vorgeschriebene Meldepflicht nach dem Denkmalschutzgesetz vom 16.07.1902 verwiesen. (Hess. Denkmalschutzgesetz 76 - 1, Art. 26, veröffentlicht in Sammlung bereinigtes

4.2 MUTTERBODEN ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen. (§ 39 BBauG)

4.3 ZUFAHRTSWEGE sind aus brandtechnischen Gründen für eine Fahrbelastung von 20 to Gesamtgewicht zu befestigen.

4.4 ABGRABUNGEN und AUSSCHACHTUNGEN, sowie Bohrungen über 5,00 m Tiefe bedürfen der besonderen Genehmigung des Regierungspräsidiums. (§ 123 HWG)

ZUSATZ ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN UNTER 1.4.4 Vorsprünge dürfen jedoch nicht in öffentliche Grundstücke ragen.

1. Ausfertigung

Stadt Bad Nauheim Wetteraukreis

> BEBAUUNGSPLAN NR 22 BURGALLEE Maßstab 1:500

STADTBAUAMT BAD NAUHEIM